

Zeitschrift:	Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	56 (1977)
Heft:	1
 Artikel:	Kernkraftwerk : auch eine politische Frage
Autor:	Biedermann, Irene
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-339295

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kernkraftwerkbau — auch eine politische Frage

Dr. Theodor Ginsburg, Privatdozent an der ETH, Präsident der neu gegründeten Schweizerischen Energie-Stiftung, äusserte sich kürzlich an einer Bildungsveranstaltung im Bezirk Bülach grundsätzlich zum Thema «Atomkraftwerke ja oder nein?»

Er betonte, dass man bei der Lösung der Energieprobleme nicht nur an die Kernkraftwerke, sondern an alle Entwicklungen der letzten Zeit und deren langfristige Folgen denken müsse. Statt uns auf «Nebenkriegsschauplätzen» etwa über die Gefährlichkeit der Radioaktivität zu streiten, sollten wir uns überlegen, ob der Konzentrationsprozess zum Beispiel der Wirtschaft oder der Siedlungen noch mit unserer Demokratie vereinbar ist, ob wir mit mehr Energie und Gütern auch mehr Glück und Lebensqualität erreichen.

Die Wirtschaft weicht diesen Fragen aus, dafür macht sie allen Angst, es müssten Arbeitsplätze aufgegeben werden, wenn nicht mehr Kernkraftwerke gebaut würden. Die Studien, die eine kleine Gruppe, von der Gesamtenergiekommission beauftragt, in den letzten vier Jahren gemacht hat, zeigen, dass eine vernünftige Stabilisierung keine Arbeitslosen zur Folge hätte – Studien der Ford Foundation in den USA kommen zum gleichen Resultat. Die Grundsätze unserer Energiewirtschaft lauten: Eine bei möglichst hoher Wirtschaftlichkeit ausreichende, umweltfreundliche und sichere Energieversorgung. Diese Teilziele widersprechen einander; das wesentliche Ziel – für Ginsburg der Schutz des Menschen – ist weder eine wirtschaftliche noch eine technische, sondern eine politische Aufgabe.

Bei der Prüfung ihrer Stabilisierungsvariante, die im Gegensatz zur offiziellen, welche von einem jährlichen Verbrauch von 500 000 Terra-kalorien bis im Jahr 2000 ausgeht, nur einen solchen von 230 000 TKal annimmt (nach dem Krieg war der Verbrauch 40 000 TKal), kam die Gruppe zu folgenden

Zielsetzungen:

1. Stabilisierung des Energieverbrauchs unter Vermeidung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Krisen.
2. Sparsame und umweltfreundliche Versorgung.
3. Förderung regenerierbarer Energieträger (Biogas, Holz, Sonne, Wind usw.; heute: 80 Prozent Erdöl und 15 Prozent Elektrizität)
4. Förderung einheimischer Energieträger
5. Diversifikation der Energieträger

¹ Im «Profil» 5, 6. 7. 1976, erschienen: «Probleme der Kernenergie» von Prof. J. Rossel.

6. Nutzung niederwertiger Energieträger für Heizung (wird in der heutigen Diskussion ganz ausgelassen, dabei brauchen wir die Hälfte der Energie für Heizung)
7. Förderung einer dezentralen energiewirtschaftlichen Infrastruktur.
8. Gerechte Verteilung der Energiressourcen.
9. Den Zielen angepasste Forschungspolitik.
10. Unterordnung der Energiepolitik unter eine Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, die auf eine Qualifizierung der wirtschaftlichen Entwicklung und eine Verbesserung der Lebensqualität im weitesten Sinne abzielt.

Die Verteilung ist ein weiteres zentrales Problem

Die Schweiz verbraucht fünfzehnmal soviel Energie wie Indien; sieht man diesen weltweiten Zusammenhang, so muss man fragen, ob wir als reichstes Land noch wachsen sollen.

Die Kernenergie bringt Fragen, die nicht einfach durch technischen Fortschritt gelöst werden können. Wenn wir uns für sie entscheiden würden, hätte das Abfälle zur Folge, die noch in zehntausenden von Jahren aktiv wären und überwacht werden müssten; bisher ist noch keine Kultur so alt geworden. Zu den Gefahren der Kernenergie meint Ginsburg: Die Aufbereitung ist gefährlicher als die Atomkraftwerke, Probleme entstehen bei Transport und Lagerung, Sabotage und Krieg können ebensowenig ausgeschlossen werden wie ein Reaktorunfall, die grösste Gefahrenquelle ist vielleicht die Routine. In zwanzig Jahren wird das Uran 235 verbraucht sein, und um Uran 238 zu nutzen, braucht man «schnelle Brüter», die im Gegensatz zu den heutigen Kernreaktoren explodieren können, diese Tatsache wird in Diskussionen ausgelassen.

Die Vertreter der Energiewirtschaft sind nicht an einer Diskussion interessiert, sie übersehen aber, dass das Vorsichtherschieben und Stauen dieser Probleme zu gefährlichen Spannungen im Volk führen wird. Die schwedische Regierung hat 1974 beschlossen, 3 Millionen Kronen an Gewerkschaften, kirchliche und andere Organisationen zu geben, um diese Diskussion ins Volk zu tragen. Auch bei uns sollte das Volk auf breiter Basis orientiert werden, denn es wird die weitere Entwicklung bestimmen und verantworten müssen.

Die Diskussion gab der letzten Forderung des Referenten recht und zeigte gleichzeitig, dass viele bereit sind, an der Lösung dieser schwerwiegenden Probleme mitzuarbeiten.